

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Band: 88 (1994)

Heft: 3

Rubrik: Zeichen der Zeit : zur Diskussion um das Wirtschaftskonzept der SPS

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 21.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeichen der Zeit

Zur Diskussion um das Wirtschaftskonzept der SPS

Ende August 1993 hat die SPS den «Entwurf eines Wirtschaftsprogramms» veröffentlicht. Ich habe den Text in der letzten Novembernummer der Neuen Wege vorgestellt, nach seinem eigenen gewichtigen Reform-Anspruch beurteilt und für zu leicht befunden.¹ Diese Kritik an einem Papier, das die Positionen des Parteiprogramms 1982 von Lugano aushebeln und sich klammheimlich aus dem Sozialismusdiskurs verabschieden wollte, ist auch in der SP-nahen Presse veröffentlicht worden. Ein prominenter Mitverfasser des Entwurfs hat darauf in der Zürcher DAZ (3.12.93) mit – doch eher verdächtiger – Vehemenz erwidert, das neue Wirtschaftsprogramm beinhalte «eine radikale Veränderung, einen grundlegenden Umbau unseres wirtschaftlichen und politischen Systems». Dass ich den Autoren die Absicht unterstelle, «mit dem Parteiprogramm statt mit dem Kapitalismus zu brechen», sei «die infamste» meiner «Infamien»...

In der Zwischenzeit ist aus dem «Entwurf» ein verbindlicher «Antrag des Parteivorstandes an den Parteitag vom Juni 1994»² geworden. Die kritischen Stimmen haben im revidierten Text sogar Wirkung hinterlassen.³ Aber zu wenig, um den Widerspruch zwischen Parteiprogramm und Wirtschaftskonzept zu überbrücken. Aber doch soviel, dass dieser Widerspruch nun einer im Konzept selbst geworden ist. Die Option für einen demokratischen Sozialismus soll zwar offenbleiben, aber gleichzeitig wird der «soziale Friede» zum vorrangigen Ziel sozialdemokratischer Politik erklärt. Die globale Dimension, Kernstück eines sozialistischen Internationalismus, folgt weiterhin nicht der Forderung der Gerechtigkeit, sondern dem Wettbewerb um nationale «Standortvorteile». Wie

Marktwirtschaft an Gemeinwohl und Umwelt gebunden werden könnte, um sowohl sozial als auch ökologisch, geschweige denn sozialistisch zu sein, ist eine nach wie vor ungelöste Frage.

Verbale Konzessionen

Um das Erfreuliche meiner Zwischenbilanz vorwegzunehmen: Der Abschied der Autoren von «demokratischem Sozialismus» und «Überwindung des Kapitalismus» im ersten Entwurf hat sich als voreilig erwiesen. Es gibt noch immer Genossinnen und Genossen, die so schnell die Segel nicht streichen wollen. Warum sollten sie auch? Das System, das unter dem Namen «Sozialismus» zu Ende gegangen ist, hat doch nicht auch den *Dritten Weg eines demokratischen Sozialismus* desavouiert. Im Gegenteil, angesichts der Unfähigkeit des Kapitalismus, die wichtigsten Menschheitsfragen auch nur ansatzweise zu lösen, erweist sich dieser Dritte Weg als notwendiger und aktueller denn je.

Das revidierte Wirtschaftspapier, das – wie schon der erste Entwurf – den Kapitalismus «sozial, ökologisch und geographisch blind und zerstörerisch» (S. 26) nennt, lässt das geltende *Parteiprogramm der SPS* nicht mehr im Archiv vergilben, sondern erklärt jetzt: «Das Parteiprogramm der SP von 1982 fordert zurecht die Überwindung des Kapitalismus, welcher aufgrund seiner inneren Widersprüche die grundlegenden ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme nicht löst. Eine weltweite, breite Diskussion innerhalb der demokratischen Linken muss die Frage beantworten, was angesichts der neuen Fragestellungen künftig demokratischer Sozialismus politisch und wirtschaft-

lich bedeutet und wie wir ihn gegen die Logik des Kapitals durchsetzen können» (S. 27f.)

«Überwindung des Kapitalismus» scheint also nicht ganz vom Tisch zu sein. Und auch der Begriff des «demokratischen Sozialismus», den der erste Entwurf nicht einmal mehr der Erwähnung für wert befand, wird wenigstens dem Wort nach rehabilitiert. Dennoch mag Freude über diese Anleihen beim Programm von 1982 nicht aufkommen. Denn Überwindung des Kapitalismus und Übergang zu einem demokratischen Sozialismus werden immer noch einem *Moratorium von zwölf Jahren* unterstellt. Mag Kapitalismus noch so zerstörerisch, seine Überwindung noch so legitim, demokratischer Sozialismus noch so gefragt sein, der revidierte Entwurf vertröstet die Parteilinke auf spätere Zeiten. Denn «dieses Wirtschaftskonzept macht klar: In den kommenden zwölf Jahren steht die Überwindung des Kapitalismus in den entwickelten Industrieländern absehbar nicht auf der Tagesordnung. Es fehlt heute an mehrheitsfähigen politischen Kräften, die dies wollen, und es fehlt an einem überzeugenden Konzept zur Überwindung des Kapitalismus. Dieses muss von der Linken erst noch erarbeitet werden. Dieser Prozess ist notwendig, braucht aber seine Zeit» (S. 28).

Dass in den nächsten zwölf Jahren die Überwindung des Kapitalismus nicht «absehbar» sei, ist Lesen im Kaffeesatz, wird zumindest durch «dieses Wirtschaftskonzept» überhaupt nicht «klar». Genausowenig konnte vor zwölf Jahren ein welthistorischer Umbruch wie das Ende des «real existierenden Sozialismus» vorausgesagt werden. Die Geschichte richtet sich nach keinen «Generallinien» und auch nicht nach «Wirtschaftskonzepten», wohl aber nach dem Willen der Menschen, Unrechtssysteme zu verändern. Ein globales Unrechtssystem ist der Kapitalismus. Seine Überwindung ist entweder immer oder nie angesagt. Was es braucht, ist nicht die Vertröstung auf «das überzeugende Konzept zur Überwindung des Kapitalismus», sondern Tausende von kleinen

Schritten, die schliesslich auch qualitative Änderungen bewirken, z.B. in Richtung Wirtschaftsdemokratie. Der «Prozess», der «seine Zeit» braucht, findet in der *Praxis* statt, die *hier und heute* beginnen muss. Ohne diese Praxis gibt es auch keine relevante Theorie. Wer zwölf Jahre auf ein «überzeugendes Konzept» wartet, wird es nie bekommen, weder in zwölf noch in vierundzwanzig Jahren.

Ein Zwölfjahresplan zur Reform des Kapitalismus, die dann später allenfalls von einem «überzeugenden Konzept» des «demokratischen Sozialismus» abgelöst werden könnte, folgt einem technokratischen, nicht einem sozialetischen Denken. Dieses Planen tut der Geschichte Gewalt an, statt von ihr zu lernen. Geblieben ist im revidierten Papier auch das Wort vom «Zeitalter des *Pragmatismus* und nicht der Theorie» (S. 52), mit dem John Kenneth Galbraith zitiert und als Vordenker für die SPS vorgestellt wird. Der Kapitalismus darf also überwunden werden, aber bitte erst in den Jahren 2005ff., sofern dann dieses «Zeitalter des Pragmatismus» solche Radikalität überhaupt noch zulässt!

Sozialismus oder «Korporatismus»?

Dass dies alles kein Streit um Worte ist, zeigt der übergeordnete Stellenwert, der dem «*sozialen Frieden*» (mit dem Kapital) in diesem Wirtschaftsprogramm zukommt. Der «soziale Friede» wird zum vorrangigen Ziel sozialdemokratischer Politik erklärt (S. 21, 72), als ob nicht gerade der vom Programm analysierte «Klassenkampf von oben» (S. 20) zeigen müsste, dass es diesen Frieden nicht gibt und als einen positiven, dauerhaften Frieden auch nicht geben kann. Mehr noch: «Überwindung des Kapitalismus» wird als Ziel der Sozialdemokratie doch gerade aufgegeben, wenn diese sich hier und heute auf das ganz andere Ziel des «sozialen Friedens» verpflichtet. Hans Schächli, Vizepräsident der Gewerkschaft Bau und Industrie, hat als erster vor dieser «national-korporatistischen Stossrichtung» als einem «proble-

matischen Grundzug des Programm-entwurfs» gewarnt.⁴

Die Fronten haben sich offenbar vertauscht: War es früher das Kapital, das die Arbeit auf «sozialen Frieden» verpflichten wollte, will der Entwurf das renitente – und sich erst noch globalisierende – Kapital auf «sozialen Frieden» im Interesse des «Wirtschaftsstandortes Schweiz» zurückbinden. Sogar eine *Volksinitiative* ist angesagt, die den Anspruch aller Beschäftigten auf einen Gesamtarbeitsvertrag in der Verfassung verankern und dadurch «den sozialen Frieden in der Schweiz» (S. 72) «verteidigen» soll. Man glaubt sich zurückversetzt in vergangene Zeiten, als solches in den Programmen des politischen Katholizismus stand, der auf diese Weise die Idee der berufsständischen Ordnung und der «Ständeversöhnung» auf die schweizerische Wirtschaft übertragen wollte.

Nichts gegen *Gesamtarbeitsverträge*, vor allem hart erkämpfte in dieser Zeit. Gesamtarbeitsverträge aber, die nur den sozialen Frieden sichern und damit auch das Streikverbot als nationalen «Standortvorteil» garantieren sollen, liegen nicht im Interesse der Arbeitenden. Schon gar nicht, wenn die Gesamtarbeitsverträge künftig von Verfassungen wegen eingehalten werden müssten. Die Folge wäre eine weitere Entpolitisierung der Arbeitenden, ohne dass sie für ihre «Vertragstreue» einen besonderen sozialen Fortschritt einhandeln könnten. Das zeigt der Vergleich mit Industrieländern, die diesen «Mythos des Arbeitsfriedens» nicht kennen.⁵

Wer an den sozialen Frieden mit dem Kapital glaubt, der glaubt auch an die potentielle Friedfertigkeit des Kapitalismus. So wie das vorliegende Wirtschaftsprogramm den Kapitalismus sieht und kritisiert, ist dieser Friede aber nicht in Sicht; sonst müsste die Überwindung des Kapitalismus ja wirklich zurückgenommen und durch den «sozialen Frieden» ersetzt werden. Der Eindruck ist nicht von der Hand zu weisen, *Adressat des Papiers* seien nicht die Genossinnen und Genossen von der SPS und nicht die alternativen Kräfte in

diesem Land, sondern die aufgeklärten Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen (vorab der kleineren und mittleren Unternehmen), denen der soziale Friede als nationaler Standortvorteil schmackhaft gemacht werden soll.

Als 1937 das «Friedensabkommen» in der Maschinen- und Metallindustrie abgeschlossen wurde, wunderte sich *Ragaz*: «Soll denn der Sozialismus aufgegeben werden, der auf die grundsätzliche, wenn auch nicht notwendig gewaltsame Umgestaltung der ganzen Wirtschaftsordnung abzielt? Soll der Arbeiter ewig Industrie-Untertan bleiben?» Was man den «Arbeitsfrieden» nenne, schaffe «nicht die Arbeitsdemokratie, welche die Fortführung der politischen Demokratie sein» müsste. Für *Ragaz* tauchte hinter der Ideologie des sozialen Friedens gar «das ‹Ideal› des ordentlich behandelten und ordentlich ernährten, zufriedenen Arbeiter-Heloten auf, so wie es Nietzsches Traum war».⁶

Die entscheidenden Fragen

Welches sind denn eigentlich, die brennenden Fragen, auf die ein sozialdemokratisches Wirtschaftskonzept Antworten suchen müsste? Sie werden in diesem Papier benannt als ökologische Zerstörung, wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, zunehmende Massenarbeitslosigkeit – und dies alles sowohl national als auch international. Gut tönt ein Satz wie: «Die Logik des Kapitals muss sich national und international den demokratisch formulierten Bedürfnissen der Menschen unterordnen» (S. 11). Aber was heisst das konkret, vor allem für ein Konzept, das der «*Logik des Marktes*» so hohe Priorität einräumt, dass die *Logik des Gemeinwohls* zwangsläufig zu kurz kommt?

Indem das Papier fast immer nur innerhalb der Marktlogik argumentiert, hinterlässt es den Eindruck, die erwähnten Probleme seien lösbar, wenn es mehr Wettbewerb, bessere Technologien, neue Innovationen und dann noch etwas Steuer-gerechtigkeit gäbe. Nur in ein paar dünnen Sätzen schert das Konzept aus dieser Logik

aus, indem es von «*Investitionslenkung*», «demokratisch kontrollierter Industrie- und Technologiepolitik» sowie von «Rahmenplanung» (S. 40) spricht. Doch ganz im Gegensatz zu detaillierten Angaben über zweitrangige Fragen, wie Swissmetro und Glasfaserkabel, fehlt hier die konkrete Ausführung der Begriffe. Ebenso verschwommen bleibt das Postulat der «*Demokratisierung der Wirtschaft*» oder der «Mitbestimmung». Es wird zwar mehrfach erwähnt (S. 13, 34, 39f., 51), doch über die Qualität dieser Partizipation der Arbeitenden an den ökonomischen Entscheidungen im Verhältnis zur heutigen Alleinbestimmung des Kapitals hüllt sich das Papier in Schweigen. Wie wär's mit einer paritätischen Mitbestimmung dort, wo die eigentlichen Entscheidungen fallen: in den Vorständen der transnationalen Konzerne? Oder ist das kein Traktandum für die nächsten zwölf Jahre?

Wie die Linke der grassierenden *Arbeitslosigkeit* zu Leibe rücken will, bleibt nach der Lektüre dieses definitiven Entwurfs weiterhin unklar. Die Arbeitszeitverkürzung auf die 35-Stunden-Woche (S. 69) reicht da nicht aus, vor allem dann nicht, wenn das gleiche Recht auf Erwerbsarbeit den Frauen wie den Männern zukommen soll. Die weitergehende Frage nach dem Sinn der Arbeit und damit auch nach sinnvoller Arbeit in einem «zerstörerischen» Kapitalismus wird nicht mehr gestellt. Schon gar nicht die Frage, wie Arbeit neu definiert, in ihrer heutigen Tauschwertrationalität hinterfragt werden müsste, um die *Rollenteilung der Geschlechter* nach Hausarbeit und Erwerbsarbeit zu überwinden. «... die Reformvorschläge dieses Konzeptes bewegen sich notgedrungen innerhalb der Rahmenbedingungen einer patriarchalen Ökonomie» (S. 27), heisst es.

Arbeitslosigkeit und Verarmung der Mehrheit der Menschen sollten vermehrt vor dem Hintergrund der «*Globalisierung der Märkte*» gesehen werden. Diese nimmt keine Rücksicht auf Volkswirtschaften und Produktionsstandorte, sondern verengt «die Spielräume für die Wirtschaftspolitik

der einzelnen Nationalstaaten» (S. 18f). Also wäre das Bündnis nicht mit dem nationalen Kapital gegen den Rest der Welt zu suchen, vielmehr müssten wir der Internationalen des Kapitals eine Internationale der Arbeit entgegensetzen. Statt dessen will das Papier «die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft» stärken, aber «nicht auf Kosten der Drittweltländer» (S. 30f.). Fragt sich nur: Wie denn sonst?

Das *westliche Zivilisationsmodell* entwickelte sich noch stets auf Kosten der Dritten Welt, der Frauen, der natürlichen Ressourcen und damit auch der künftigen Generationen. Es wäre daher wirklich an der Zeit, radikal zu denken und sich nicht «notgedrungen innerhalb der Rahmenbedingungen» einer sowohl kapitalistischen als auch «patriarchalen Ökonomie» zu bewegen, sondern diese Rahmenbedingungen «notgedrungen» zu sprengen. Eine Weltverträglichkeitsprüfung unseres Konsumverhaltens, eine Umkehr der Mechanismen, durch welche die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden, und dringliche Krisenszenarien zur Bewahrung des Ökosystems vor der drohenden Klimakatastrophe gehörten auf die Tagesordnung eines heutigen Wirtschaftskonzepts. Doch so radikal wollen die «radikalen Reformen» der SPS nicht sein. Sie würden sonst nicht nur versuchen, im mörderischen Rennen um Standortvorteile mitzuhalten, sondern «die Solidarität der ganzen Welt als höchste Ethik des Überlebens»⁷ begreifen.

1 Zeichen der Zeit: Ein Sozialismus-Moratorium der SPS? NW 1993, S. 333ff.

2 Mit radikalen Reformen die Zukunft gestalten. Vorschläge der SP Schweiz zur Wirtschaftspolitik für die Jahre 1994-2005. Antrag des Parteivorstandes an den Parteitag vom Juni 1994. Die Seitenzahlen beziehen sich auf diese revidierte Fassung des ursprünglichen «Wirtschaftsprogramms».

3 «Kurzkomentare zum Wirtschaftskonzept» mit Zustimmung und Kritik finden sich im Anhang zum revidierten Wirtschaftskonzept, S. 102ff.

4 Kurzkomentare, a.a.O., S. 110.

5 Vgl. WIDERSPRUCH-Sonderband: Arbeitsfrieden – Realität eines Mythos, Zürich 1987.

6 NW 1937, S. 399; 1944, S. 529.

7 Club of Rome, Die Globale Revolution – Bericht 1991, SPIEGEL SPEZIAL 2/1991, S. 130.